Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32,
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3348.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 132. [41. Jahrgang.] Sonntag den 8. Juni 1902. [41. Jahrgang.] Nr. 132.

Berlin, den 7. Juni.

Politischer Tagesbericht.

Auf die von dem Staatssekretär des Reichs-Marineamts erstattete Meldung über die **Eröffnung der Schantung-Eisenbahn** bis Weihsin ist das nachstehende Telegramm von Sr. Majestät dem Kaiser eingegangen:

Neues Palais, den 1. Juni 1902.

Ich habe mich über Ihre Meldung von der Eröffnung der Eisenbahn nach Weihsin sehr gefreut. Möge diese Bahn dazu beitragen, im Hinterland von Tsingtau dem deutschen Unternehmungsgeist und Fleiß weitere Absatzgebiete zu erschließen.

gez. Wilhelm I. R.

*

Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Peking vom 6. d.: Der Kaiser und die Kaiserin-Mutter empfingen heute den Großfürsten Cyrill Wladimirowitsch. Der Kaiser stattete dann dem Großfürsten in einem anderen Zimmer des Palastes einen Gegenbesuch ab. Der Großfürst bleibt einige Tage in Peking. Prinz Tsching giebt heute Abend ein Diner zu Ehren des Großfürsten.

Nach Einstellung der Feindseligkeiten.

Lord Kitchener meldet aus Pretoria vom 6. Juni: Die Kommissare in den verschiedenen Bezirken melden, daß gestern 1154 Mann die Waffen niedergelegt haben. Die Kommissare hielten nach der Uebergabe Ansprachen an die Buren, welche drei Hurrahs auf den König ausbrachten. Es bestehen die denkbar besten Beziehungen, und nirgends zeigt sich eine Schwierigkeit.

*

Christian de Wet ist am 4. d. M. von Pretoria in Vredefort eingetroffen; er besuchte dort das Konzentrationslager und forderte seine Landsleute auf, England zu zeigen, was für gute Kolonisten die Buren abgeben könnten.

*

Wie „Daily Mail“ erfährt, trifft die Regierung energische Vorkehrungen, um eine pünktliche und gründliche Einführung der Zivilverwaltung in den neuen Kolonieen möglichst bald sicher zu stellen. Eine der ersten Thaten der englischen Regierung solle die Revision der Zollgesetzgebung für Südafrika sein. Für jetzt bleibe der bisher bei den Buren geltende Tarif in Transvaal in Gültigkeit.

*

Ueber verschiedene zunächst zu treffende Maßnahmen in Südafrika äußert sich des Längeren das „Reutersche Bureau“. Es wird u. A. ausgeführt:

„Die Aufgabe, die Frauen, Kinder und Männer auf die Farmen zurückzubefördern, wird eine schwierige sein. Es ist unmöglich, die Leute sofort zurückzuschicken, da man gezwungen ist, in dieser Jahreszeit zunächst für warme Unterkunft für sie zu sorgen. Es ist deshalb angeordnet worden, daß an der Küste vorläufig Holzhäuser errichtet werden, die in Gruppen zusammenstehen. Je eine Gruppe wird einer Familie zugewiesen werden. — Die Bedingungen, unter denen die Farmbesitzer wieder angesiedelt werden sollen, haben von Seiten der Behörden bereits ernste Beachtung gefunden. Man nimmt an, daß die früheren Eigenthümer die Erlaubniß erhalten werden, auf ihre alten Farmen zurückzukehren, falls das ihr Wunsch ist. Diejenigen, denen es unmöglich ist, unter den alten Umständen die Farmarbeiten wieder aufzunehmen, werden in irgend einer Weise auf eine gewisse Zeit hinaus von der Regierung unterstützt werden. Auch die Frage der Ergänzung des Viehbestandes auf den Farmen wird erwogen. Große Schwierigkeit bietet die Frage, welche Art von Vieh sich am besten zum Import eignen wird. Was die Ergänzung des Pferdebestandes anbelangt, so bietet diese, augenblicklich wenigstens, keine großen Schwierigkeiten, da das Ende des Krieges der Regierung ermöglicht, eine große Anzahl von Remonten zu verkaufen. Das Rindvieh, welches erbeutet wurde, wird auf das Buschveldt geschickt werden müssen. Es ist dies der einzige Platz, wo es während des Winters bestehen kann. Die Regierungsfarmen haben aber das bei den Buren bisher ungebräuchliche System der Aufspeicherung von Veldtheu eingeführt und sind auf diese Weise ebenfalls im Stande, eine beträchtliche Anzahl Vieh während des Winters durchzufüttern. Die Aussaat für nächstes Jahr kommt augenblicklich nicht in Betracht, da in dieser Zeit des Jahres alle landwirthschaftlichen Arbeiten stillliegen.“

*

Ueber die Vorbereitungen zur allmäligen Ueberführung des Landes vom Kriegs- zum Friedenszustande wird dem „Bureau Reuter“ unter dem 3. Juni aus Pretoria gemeldet:

„Auf dem Kirchplatze wird am nächsten Sonntag ein Dankgottesdienst stattfinden unter der Betheiligung von 2000 Mann der Besatzung. Da es sich um einen Friedensgottesdienst handelt, können auch unsere bisherigen Feinde ohne Bitterkeit an dem Gottesdienst theilnehmen. Lord Milner ist immer noch hier. Ich höre, daß er eifrig damit beschäftigt ist, Magistratspersonen für verschiedene Distrikte zu bestimmen, die während des Krieges ohne Obrigkeiten waren. Diese Arbeit wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Auch die Frage der Konzentrationslager beschäftigt Lord Milner ernstlich. Viele der Burenfrauen möchten sofort in ihre Heimstätten zurückkehren. Ehe ihnen dieses erlaubt werden kann, müssen die abgelegenen Distrikte mit Vorrathsdepots versehen werden. General Baden-Powell ist ebenfalls eifrig damit beschäftigt, einen Plan für die Vertheilung der Polizei zu entwerfen, die jetzt ihren eigentlichen Dienst als Gendarmerie übernehmen muß. Die Telegraphen werden möglichst bald von den Militärbehörden den Zivilbehörden übergeben werden. Da es aber an Ziviltelegraphisten fehlt, ist noch einige Verzögerung unvermeidlich. In der Verwaltung der Eisenbahnen wird für die nächsten Monate noch kein großer Wechsel erwartet. Dieses Departement ist zwar theoretisch den Militärbehörden unterstellt, in Wirklichkeit aber unter der Jurisdiktion von Lord Milner und hat einen fast ganz aus Zivilisten bestehenden Beamtenstab. Das Kriegsrecht wird wahrscheinlich in der Art den neuen Verhältnissen angepaßt werden, daß man allmälig Erleichterungen eintreten läßt. Diese Erleichterungen werden sich zunächst auf kleinere Bestimmungen beziehen, wie auf Erlaubnißscheine zum Reisen, Nachtpässe, die Kontrolle des Spirituosenhandels, die Erlaubnißscheine zum Betreten oder Verlassen von Städten, Marktbestimmungen und einige Zensurvorschriften.“

*

Das englische Oberhaus nahm gestern die zweite Lesung der Anleihebill an. Im Laufe der Debatte sagte Viscount Goschen, der Erfolg der Anleihe und ihr hoher Kurs nach einem erschöpfenden Kriege beleuchteten die außerordentliche Finanzkraft des Landes und zeigten, wie sich der Kredit des Landes und die Verwaltung seiner Finanzen gehoben hätten. Lord Salisbury bemerkte darauf, es sei erfreulich, aus dem Mund einer so hervorragenden Autorität auf diesem Gebiet zu erfahren, daß die finanzielle Lage des Landes durch die Maßnahmen der Finanzverwaltung nicht beeinträchtigt, sondern vielmehr gebessert worden sei.

*

In einer Rede in der „Conservative Association“ erklärte Balfour, es wäre ein verderblicher Irrthum gewesen, mit Krüger und seinen Rathgebern in Europa zu verhandeln, wie Rosebery es vorgeschlagen habe. Er würde die Burengenerale im Felde immer hochschätzen, könne aber nicht dasselbe von denen sagen, die die Republiken im Stiche gelassen hätten, und mit denen zu verhandeln unmöglich sei. Es wäre reiner Wahnsinn, die repräsentative Regierung sogleich zu gewähren nach dem Vorschlage von Bannerman. Vor einem Jahre wäre es unmöglich gewesen, unter den jetzigen Bedingungen Frieden zu schließen. Er (Redner) glaube, daß der Friede jedes Element der Sicherheit und der Stabilität in sich trage. Die Ereignisse des letzten Sonnabend hätten eine neue Aera für Südafrika eröffnet, in welcher die schließlich doch in Blut und Empfinden alliirten Rassen der Holländer und Engländer hinfort in ein zufriedenes Gemeinwesen aufgehen würden. Dieses werde, wie die anderen großen Kolonieen mit Selbstverwaltung, nicht eine Quelle von Angst und Schwäche, sondern einen Zuwachs an Stärke und Vertrauen bilden.

Den Verlauf der weiteren Bemühungen zur Neubildung des **französischen Kabinets** schildern folgende Telegramme:

Paris, 6. Juni. Rouvier hat Combes mitgetheilt, daß er im Prinzip geneigt sei, das Finanzportefeuille zu übernehmen. Er müsse jedoch vorher wissen, ob sein Programm die Billigung der zukünftigen Mitarbeiter Combes' finde. Auf alle Fälle könne er sich mit Einführung einer Einkommensteuer nicht einverstanden erklären. Mougeot hat das Handelsportefeuille und André das des Krieges angenommen. Delcassé hat sich vorläufig seine Antwort vorbehalten. Er hat aber zu verstehen gegeben, er sei bereit, das Ministerium des Auswärtigen beizubehalten.

Paris, 6. Juni. Heute Nachmittag hatte Combes mit den als Mitglieder des neuen Kabinets in Aussicht genommenen Persönlichkeiten eine Berathung, in der über verschiedene Punkte des künftigen Regierungsprogramms Einigung erzielt wurde. Die Inhaber sämmtlicher Portefeuilles mit Ausnahme eines einzigen sind bereits bestimmt, und die Kabinetsbildung wird morgen vollzogen werden.

Paris, 6. Juni. Wie verlautet, wird das neue Kabinet eine bündige Erklärung dahin abgeben, daß das Vereinsgesetz ohne Herausforderung und ohne Schwäche angewendet, das Unterrichtsgesetz abgeändert und eine Steuerreform vorgenommen werden muß. — Das Finanzportefeuille wird bestimmt Rouvier nochmals angeboten werden. — Abends fand eine Berathung über die Vertheilung der Portefeuilles statt. Soweit diese bisher feststeht, wird das Kabinet folgendermaßen zusammengesetzt sein: Vorsitz und Inneres Combes, Justiz Vallé, Aeußeres Delcassé, Krieg André, Marine Maréjouls, Unterricht Chaumié, Arbeiten Pelletan, Ackerbau Mougeot, Handel Trouillot, Finanzen Rouvier, Kolonieen Doumergue.

Paris, 7. Juni. Die Liste der Mitglieder des neuen Kabinets, welche am Sonntag Morgen im „Journal officiel“ veröffentlicht werden wird, lautet, wie bereits gemeldet. Combes wird zugleich Kultusminister. Es bleibt nur noch der Posten des Finanzministers zu besetzen. Combes wird noch eine Unterredung mit Rouvier haben und hofft, ihn zur Annahme zu bestimmen. Sollte Rouvier ablehnen, so würde Combes sich an Delombre wenden.

*

In der französischen Deputirtenkammer wurde gestern bei der endgültigen Wahl des Präsidiums Bourgeois mit 326 von 503 Stimmen, bei 106 Stimmenenthaltungen, zum Präsidenten gewählt. Die Kammer wählte sodann zu Vizepräsidenten Etienne, Maurice Faure, Trouillet und Guillain.

*

Der Pariser Gemeinderath nahm eine Tagesordnung an, in welcher gegen den Polizeipräfekten der Vorwurf erhoben wird, die Polizei habe sich am 25. Mai gelegentlich der Kundgebungen aus Anlaß des Jahrestages des Zusammenbruchs der Kommune auf dem Kirchhofe Père Lachaise Herausforderungen zu Schulden kommen lassen.

Wie aus Simla gemeldet wird, hat der Indische Rath die Vorlage, betreffend Zollzuschlag auf **Zucker** angenommen; der Antrag Turner, welcher der Regierung die Vollmacht geben wollte, den bestehenden Zoll auf eingeführten Zucker zu verdoppeln, wurde abgelehnt. Der Kompensationszoll beträgt für Zucker aus Deutschland 2 Rupien 13¾ Annas, für solchen aus Oesterreich-Ungarn 3 Rupien 3¾ Annas. Der Vizekönig erklärte im Laufe der Berathung, die neue Gesetzgebung bezwecke, der indischen Zuckerindustrie einen billigen Schutz zu gewähren, um sie vor der Vernichtung zu bewahren. Falls die Zollbasis sich als zu niedrig erweise, könne man später den Staatssekretär noch immer um Abänderung angehen.

Kleinere Nachrichten. Den Wiener Blättern zufolge sind die gemeinsamen Berathungen des österreichischen und ungarischen Exekutivkomités der **Eisenkartelle** zum Abschluß gediehen; in allen Punkten sei ein Einvernehmen erzielt worden. Das Kartell soll bis 1911 abgeschlossen werden. Im Laufe der nächsten Woche werden die bereits eingeleiteten Verhandlungen über Bildung der Sonderverbände und Angliederung der bosnischen Werke an das Kartell abgeschlossen werden, so daß es möglich sein wird, mit dem 1. Juli das neue Kartell in Kraft treten zu lassen. — Der Werth der im vergangenen Jahre aus Rußland über die Grenzzollämter und Grenzübergangspunkte im Gouvernement Eriwan nach **Persien** ausgeführten Waaren beträgt 3 332 036 Rubel, der Werth der Einfuhr aus Persien nach Rußland 2 843 480 Rubel. — Die Zahl der im Jahre 1901 in **Sibirien** eingewanderten russischen Unterthanen wird amtlich mit 128 131 angegeben.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Zum Befinden des erkrankten Königs Albert von Sachsen wird unter dem Gestrigen aus Sibyllenort gemeldet:

Das heute Nachmittag 4 Uhr ausgegebene Bulletin lautet:

Se. Majestät der König haben den größten Theil des Tages ruhig geschlafen. Die beunruhigenden Erscheinungen von Seiten des Herzens sind bis jetzt nicht wiedergekehrt. Der Puls ist beschleunigt und noch nicht ganz regelmäßig.

gez.: Dr. Fiedler. Dr. Selle. Dr. Hoffmann.

Sibyllenort, 7. Juni. Der heute früh 7 Uhr ausgegebene Krankheitsbericht lautet:

Die vergangene Nacht war bei Seiner Majestät dem König durch asthmatische Beschwerden vielfach gestört. Herzthätigkeit verhältnißmäßig kräftig. Fieber nicht vorhanden.

Das Allgemeinbefinden und der Kräftezustand lassen trotz genügender Nahrungsaufnahme sehr viel zu wünschen übrig.

Dr. Fiedler. Dr. Selle. Dr. Hoffmann.

*

Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt im Anschluß an die am Freitag aus Sibyllenort eingetroffenen Telegramme:

„Die Nachrichten aus Sibyllenort über das Befinden des Königs von Sachsen lauten in hohem Grade besorgnißerregend. Gestern Abend hatte schon die Herzthätigkeit ausgesetzt, doch gelang es den Aerzten, sie wieder zu beleben. Die Nacht war befriedigend, aber leider ist der Kräftezustand des greisen Königs bedenklich. Die ganze Königliche Familie ist von dem Ernst der Lage benachrichtigt worden und alsbald an das Krankenlager des verehrten Familienhauptes geeilt. Mit lebhafter Theilnahme folgt auch das deutsche Volk dem Verlauf der Krankheit. Der sieggekrönte Feldmarschall, der erfolgreiche, maßvolle und gerechte König, der stets zuverlässige und opferfreudige Berather und Freund dreier deutscher Kaiser genießt weithin so warme Verehrung und so innige Dankbarkeit, daß allerwärts die aufrichtigsten Wünsche für seine baldige Genesung sich bekunden.“

Wir schließen uns diesen Wünschen von ganzem Herzen an.

---

* Aus Petersburg wird vom Freitag gemeldet: Der Landgraf von Hessen gab gestern ein Frühstück, zu welchem der deutsche Botschafter Graf v. Alvensleben mit den Mitgliedern der Botschaft, der dänische Gesandte v. Löwenörn sowie mehrere russische Würdenträger geladen waren, darunter der Chef der Kanzlei des Kaisers, Tanejew, der zum Ehrendienst beim Landgrafen kommandirte Zeremonienmeister Fürst Meschtscherski, der Gouverneur und der Kommandant von Petersburg. Heute erfolgte die Abreise des Landgrafen.

---

u. Se. Königl. Hoheit der Herzog Nikolaus von Württemberg hat sich von hier nach Düsseldorf begeben.

---

* Aus dem Haag wird vom 6. Juni berichtet: Die Königin-Mutter empfing heute den russischen Gesandten v. Struve in Audienz, der als Doyen die Glückwünsche des diplomatischen Korps zur Genesung der Königin überbrachte.

*

** Ueber die zahlreichen Beweise aufrichtiger Theilnahme, welche aus allen Kreisen der Königlich niederländischen Gesandtschaft entgegengebracht worden sind, als Ihre Majestät die Königin der Niederlande von einer schweren und gefährlichen Krankheit heimgesucht daniederlag, hat die Gesandtschaft nicht verfehlt an Ihre Majestät zu berichten. Aufs Angenehmste berührt von diesen herzlichen Kundgebungen während der jetzt glücklich überstandenen Tage angstvoller Besorgniß, haben Ihre Majestät die Königin die Gesandtschaft zu beauftragen geruht, hierfür Allerhöchst Ihren verbindlichsten Dank auszusprechen.

---

u. Der Kaiserliche Statthalter in Elsaß-Lothringen, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, ist von Marienburg hier angekommen.

u. Fürst und Fürstin Herbert v. Bismarck haben sich von hier nach Schönhausen begeben.

u. Der Fürst zu Innhausen und Knyphausen ist aus Lütetsburg hier angekommen.

* Der deutsche Botschafter in Konstantinopel Freiherr Marschall v. Bieberstein hat einen kurzen Urlaub angetreten. Während seiner Abwesenheit wirkt der Erste Sekretär der Botschaft Legationsrath Freiherr v. Wangenheim als Geschäftsträger.

* Staatssekretär, Staatsminister v. Köller und Unterstaatssekretär Dr. Petri aus Straßburg i. E., sowie Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst aus Kolmar, desgleichen der Schloßhauptmann von Quedlinburg, Graf v. Alvensleben-Neugattersleben, sind hier angekommen und im Continental-Hotel abgestiegen.

* Der Ministerialdirektor im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath Dr. Althoff ist vom Urlaub zurückgekehrt.

* Kammerherr Frhr. v. Marenholtz ist hier eingetroffen und im Kaiserhof abgestiegen.

u. Prinz Max von Thurn und Taxis ist aus Hannover hier angekommen.

u. Prinz Franz Josef von Braganza ist aus Wien hier eingetroffen.

u. Der schwedisch-norwegische Generalkonsul in Helsingfors, Kammerherr Graf Björnstjerna, ist von dort hier angekommen und im Zentral-Hotel abgestiegen.

---

* Der vortragende Rath beim Rechnungshofe des Deutschen Reichs Vielhauer v. Hohenhau, der zum Geheimen Ober-Regierungsrath ernannt worden ist, ist, nach der „Voss. Ztg.“, am 18. März 1882 als Referendar im Oberlandesgerichtsbezirk Cassel in den Justizdienst getreten. Am 27. August 1884 ging er zur Intendantur über und wurde Intendanturreferendar beim XI. Armeekorps, von dem er am 29. Juni 1887 bei seiner Ernennung zum Intendanturassessor in das XIV. Armeekorps versetzt wurde. 1890 wurde er Intendanturrath und Vorstand der Intendantur der 29. Division in Freiburg. 1894 kam er zur Intendantur des Gardekorps, wo er bis Mai 1899 blieb, um dann Geheimer Regierungsrath und vortragender Rath beim Rechnungshofe zu werden.

-l. Die Vermählung des Prinzen Stanislaus Radziwill, jüngsten Sohnes des Fürsten und der Fürstin Anton Radziwill, mit der Gräfin Henriette Chotek, Schwester der Gemahlin des Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich, ist nunmehr endgültig aufgegeben und die Verlobung des Brautpaares wieder gelöst worden. Dagegen ist eine neue Verlobung in fürstlichen Familien zu melden. Der jüngere Bruder des Fürsten Maximilian Egon zu Fürstenberg, Prinz Karl Emil zu Fürstenberg, welcher kürzlich von einem längeren Jagdaufenthalte in Afrika zurückgekehrt ist, hat sich mit der Gräfin Marie Festetics, ältesten Tochter des Wirkl. Geh. Raths und Oberst-Truchsesses Grafen Tassilo Festetics und dessen Gemahlin Lady Mary, geb. Douglas-Hamilton, welche in erster Ehe mit dem damaligen Erbprinzen von Monaco vermählt gewesen, verlobt.

---

* Das „Armee-Verordnungsblatt“ bringt folgende Allerhöchste Kabinetsordre, betreffend die Anlegung von Trauer zu Ehren des verstorbenen Generals der Infanterie z. D. v. Voigts-Rhetz:

Um das Andenken des verstorbenen, im Krieg und Frieden hochverdienten Generals der Infanterie zur Disposition v. Voigts-Rhetz zu ehren, bestimme Ich hierdurch, daß die Offiziere des Grenadierregiments König Wilhelm I. (2. Westpreußischen) Nr. 7, à la suite dessen der Verewigte gestanden hat, drei Tage Trauer anlegen. Außerdem hat eine Abordnung des genannten Regiments, bestehend aus dem Kommandeur, einem Major, einem Hauptmann und einem Leutnant an der Beisetzung theilzunehmen. Ich beauftrage Sie, Vorstehendes sogleich der Armee bekannt zu machen.

Neues Palais, den 4. Juni 1902.

Wilhelm.

An den Kriegsminister.

Parlamentarisches.

Reichstag.

mb. Der **Reichstag** sah heute zu Beginn seiner Sitzung den Reichskanzler Grafen v. Bülow, sowie zwei Vertreter der Reichslande, den Staatssekretär v. Köller und den Unterstaatssekretär Dr. Petri, neben dem Grafen Posadowsky am Tische des Bundesraths; denn auf der Tagesordnung stand u. A. die Aufhebung des sogenannten „Diktaturparagraphen“. Vorher wurde in dritter Lesung die Uebereinkunft zum Schutze nützlicher Vögel erledigt, sowie einige Berichte der Reichs-Schuldenkommission. Die allgemeine Besprechung zur Aufhebung des Diktaturparagraphen leitete der Abg. Riff (Hosp. d. Fr. Vgg.) mit dem Danke im Namen seiner politischen Freunde ein, die stets im Sinne der Vorlage gestimmt hätten. Natürlich werde er als Elsasser dafür eintreten. Die größte Genugthuung empfänden die Bewohner der Reichslande über die in diesem Gesetz liegende Anerkennung ihrer loyalen Gesinnung. Das frühere Gefühl der Demüthigung und Zurücksetzung sei jetzt geschwunden. Sie blickten darum auch hoffnungsfreudig in die Zukunft, daß dem ersten Schritt bald weitere folgen werden. Sodann nahm der Reichskanzler Graf v. Bülow das Wort. Wir werden den stenographischen Wortlaut seiner Rede in unserer heutigen zweiten Ausgabe mittheilen. Nach einem uns vorliegenden vorläufigen Bericht führte der Reichskanzler etwa Folgendes aus:

Nach der entgegenkommenden Haltung des Vorredners hoffe ich auch, die Vorlage wird beim Reichstage eine ebenso freundliche Aufnahme finden, wie beim Bundesrath. Als wir uns vor 30 Jahren das verlorene Gut an den Vogesen wieder holten, war die Mehrheit der elsässisch-lothringischen Bevölkerung der Einverleibung in Deutschland abgeneigt, sie hoffte auf eine baldige Wiedereroberung durch Frankreich, an dem sie mit alten Gewohnheiten und Hoffnungen hing; dem entsprechend war die Haltung der deutschen Regierungen. Um die politische Entwicklung in den Reichslanden in ruhigen Bahnen zu erhalten, waren außerordentliche Machtmittel nothwendig, und dazu gehörte auch der Diktaturparagraph. Seit 19 Jahren, seit dem Amtsantritte des Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst, ist aber der Diktaturparagraph nur noch zwei oder drei Mal zur Anwendung gekommen. Er ist aber von der reichsländischen Bevölkerung als ein Mißtrauensvotum und eine Zurücksetzung aufgefaßt worden und ist deshalb wiederholt der Wunsch auf Aufhebung ausgesprochen worden. Auch die Stimmung des Reichstags hat sich mehr und mehr in diesem Sinne geändert. Der Kaiser und die verbündeten Regierungen sind nach gründlicher Erwägung und nach reiflicher Prüfung der Sache auch durch die Landesbehörden zu der Ueberzeugung gekommen, daß die außerordentlichen Machtmittel des Diktaturparagraphen fortan entbehrt werden können. Die Absicht, den Diktaturparagraphen als dauernde Einrichtung beizubehalten, war bei den verbündeten Regierungen nie vorhanden. Fürst Bismarck hat sie ausdrücklich als Uebergangsmaßregel bezeichnet. Wenn von der einen Seite in der Presse der Vorwurf gemacht wurde, die Aufhebung hätte früher erfolgen sollen, von anderer, wir hätten auf die werthvolle Waffe nicht verzichten sollen, so bemerke ich, daß für die Wahl des richtigen Augenblicks die staatlichen Organe verantwortlich sind. Dank der Machtstellung des Reiches, dank der alten Stammesgemeinschaft, dank der Arbeit der Landesbehörden ist es gelungen, die Bevölkerung der Reichslande mehr und mehr mit der neuen Ordnung der Dinge zu versöhnen. Die Auswanderung nach Frankreich hat nachgelassen, die jüngere Generation weilt lieber bei den deutschen Fahnen, und insbesondere ist die Haltung des Landesausschusses eine ruhigere, sachliche und loyale geworden. Wenn bei der älteren Generation hier und da noch Sympathie für Frankreich vorhanden ist, so werden doch die Elemente, die auf die Lostrennung abzielen, bei der Bevölkerung keinen Anklang und keinen Erfolg haben. Es sind nicht diplomatische Kombinationen gewesen, sondern geschichtliche Nothwendigkeiten und unveräußerliche Forderungen des deutschen Volksthums, welche die Zugehörigkeit von Elsaß-Lothringen zu einer Bürgschaft für den Bestand des Reiches selbst gemacht haben. Das Band, das die gemeinsame Kraft der deutschen Stämme geknüpft hat, ist seit einem Menschenalter nicht schwächer, sondern stärker geworden. Freiwillig werden wir in eine neue Trennung nie willigen. Die Einsicht in diese Nothwendigkeit wird bei der elsaß-lothringischen Bevölkerung mehr und mehr zur Reife kommen. Vertrauen sprach aus der hochherzigen Kundgebung des Kaisers, und ein Akt des Vertrauens wird es sein, wenn Sie daraus die gesetzgeberische Schlußfolgerung ziehen. Die elsaß-lothringische Bevölkerung wird hoffentlich die Aufhebung des Diktaturparagraphen mit derselben Gesinnung aufnehmen, wie wir sie gewähren, mit deutscher Treue.

Die Rede des Reichskanzlers wurde allseitig mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Abgg. Röllinger (Elsasser), Höffel (Reichsp.), Bachem (Z.) sprechen ihre Genugthuung über die Einbringung der Vorlage aus. Bei Schluß des Vorberichts dauerten die Verhandlungen noch fort.

mb. Im weiteren Verlaufe der gestrigen Vormittagssitzung der **Zuckersteuerkommission** wurde zunächst der § 11 des Arenbergschen Antrages betreffs der Süßstoffe behandelt, der die Entschädigungsfrage regelt. Nach einem Abänderungsantrage Müller-Fulda soll die Entschädigung den Inhabern der Süßstofffabriken gewährt werden, die als solche bereits vor dem 1. Januar 1901 betrieben worden sind und die Herstellung von Süßstoffen auch in der That von 1. April 1901 bis 1. April 1902 regelmäßig fortgesetzt haben; weiter soll für die Bemessung der Entschädigung der Durchschnitt der letzten beiden Geschäftsjahre vor dem 1. Januar 1902 maßgebend sein, (statt 1901 des Antrages Arenberg); drittens sollen 12 halbjährige Raten gezahlt werden. Außerdem beantragten die Abgeordneten Ledebour und Genossen (Soz.) die Abänderung der Bestimmungen über die Entschädigung der Arbeiter und Beamten mit dem Vorschlage eines Schiedsgerichts bei Streitfällen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Staatssekretär Frhr. v. Thielmann meinte, diese Arbeiterfrage habe nicht die Wichtigkeit, die man ihr zumesse. Wegen der hohen Entschädigung empfehle sich aber eine Erhöhung der Zuckersteuer über den Antrag Paasche hinaus. § 11 wurde mit den Abänderungen nach den Anträgen Müller-Fulda und Ledebour (Soz.) mit 20 Stimmen angenommen. Bei der Gesammtabstimmung gelangt der Antrag Arenberg mit 18 Stimmen (darunter Abgeordneter Müller-Fulda) zur Annahme. Zu den Gegnern gehört neben der Linken auch der Abgeordnete Speck (Ztr.). In § 27 des Süßstoffgesetzes soll auf Antrag Graf Carmer das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. Oktober d. J. festgesetzt werden. Auf Wunsch und Begründung des Schatzsekretärs wird der 1. April 1903 gewählt und mit 18 Stimmen beschlossen.

Die Kommission beschäftigte sich in der Nachmittagssitzung mit der 2. Lesung der Zuckersteuer-Novelle. Abg. Prinz Arenberg bringt zu Artikel 1 des Gesetzes, der die Kontingentirungsbestimmungen und Prämien des geltenden Gesetzes aufhebt, seinen in erster Lesung abgelehnten Antrag wieder ein. Dieser Antrag sieht eine Kontingentirung auf 5 Jahre bis zum 1. September 1908 vor, behandelt die Frage der Zahlungspflicht und der Feststellung der Kontingente. Mit diesem Antrag ist jetzt der Unterantrag Dörksen verbunden, wonach den Fabriken, welche bereits am 1. Oktober 1901 im Betriebe oder zum Betriebe fertig waren, dasjenige Kontingent zugetheilt wird, welches ihnen auf Grund des bestehenden Gesetzes für das Betriebsjahr 1903/04 (der alte Antrag Arenberg setzte hier 1902/03) zusteht. Abg. Dörksen und seine Freunde erklären, daß sie nunmehr ihre Haltung ändern und für den Antrag Arenberg stimmen werden. In der Abstimmung wird der gesammte Kontingents-Antrag mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen.

Weiter liegt ein Antrag Speck vor, der eine Besteuerung des Stärkezuckers bezweckt. Zur Begründung bemerkt Abg. Speck: Unterdrücken wir die Süßstoffe, so ist es auch billig, den Stärkezucker zu besteuern. Der Jahreskonsum beträgt 353 000 Doppelzentner. Auch Stärkesyrup muß dem Rübenzucker gleichgestellt werden. Abg. Dr. Paasche: Die Besteuerung von Stärkezucker ist schon mehrfach angeregt worden, stets aber auf Widerspruch gestoßen. Es giebt bei Zucker verschiedene Sorten, der Stärkezucker hat nicht den gleichen Süßwerth wie der Rübenzucker. Unterstaatssekretär v. Fischer bekämpft den Antrag Speck. Die Kontrollbestimmungen für Rübenzucker passen nicht für Stärkezucker, der Antrag werfe die Kontrollbestimmungen um, schaffe aber keine neuen. Abg. Müller-Fulda hebt hervor, daß Stärkezucker, in Rübenzuckerfabriken verabreicht, der Besteuerung unterliege, weshalb sollen nicht auch die reinen Stärkezuckerfabriken Steuer zahlen? Da die Materie sehr schwierig ist, empfehle es sich, die Regierung aufzufordern, in einer Resolution, eine Vorlage wegen Besteuerung des Stärkezuckers vorzulegen. Abg. Speck zieht seinen Antrag zurück und verspricht, eine dementsprechende Resolution zu stellen. § 1 des Gesetzes bleibt also in der Fassung der ersten Lesung erhalten.

Die Vorlage setzt in Artikel II die Zuckersteuer auf 16 ℳ fest, in der ersten Lesung wurde sie von der Kommission vom 1. September 1903 auf 12, vom 1. September 1905 ab auf 10 ℳ festgelegt. Abg. Dr. Hermes beantragt 14 ℳ. Seitens der verbündeten Regierungen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung bekämpft; wolle die Kommission die Steuer herabsetzen, so solle sie wenigstens den Antrag Dr. Hermes annehmen. Finanzminister Frhr. v. [illegible] [illegible] des Reiches an. 1902 [illegible]